

Antrag der Fraktion der CDU

### **Bundeswehrangehörigen auch im Tarifgebiet des VBN freie Fahrt ermöglichen**

Für uniformierte Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder gilt bereits seit längerem in Fernverkehrszügen und Nahverkehrszügen der Deutschen Bahn (DB) außerhalb von Verkehrsverbänden grundsätzlich freie Fahrt in der 2. Klasse. Die Präsenz von uniformierten Polizisten führt zu einer höheren objektiven wie subjektiven Sicherheit in den Zügen und wird von den Reisenden geschätzt. Bei Problemen mit Passagieren können die Beamten direkt eingreifen. Zudem sind sie Ansprechpartner für Zugbegleiter in kritischen Situationen, etwa wenn es Ärger mit Randalierern oder Schwarzfahrern gibt.

Ohne die unterschiedlichen Rollen von Polizei und der Bundeswehr zu verkennen, kann auch die Anwesenheit von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr das subjektive Sicherheitsgefühl in den Zügen, Bahnhöfen und auf Bahnsteigen erhöhen. Darüber hinaus ist es ein Zeichen von Anerkennung, dass diejenigen, die – in der Regel fernab ihres Wohnortes sowie notfalls auch mit Waffengewalt und unter Einsatz ihres Lebens – einen Dienst für die Sicherheit und den Schutz unserer Gesellschaft leisten, kostenlos Bahnfahren können. Aus diesem Grund haben die Bundesministerien für Verteidigung, Verkehr und des Innern sowie die DB seit Beginn dieses Jahres über die kostenlose Fahrt für uniformierte Angehörige der Bundeswehr in den Fernverkehrszügen (ICE und IC) der DB verhandelt. Dies soll nach einer Einigung von Mitte August ab dem 01.01.2020 gelten. Die Bundeswehr wird dafür pauschal 4 Mio. Euro pro Jahr an die DB zahlen. Freiwillig Wehrdienstleistende können schon heute kostenlos ihre Heimfahrt antreten.

Allerdings sollte sich dieses Vorhaben nicht auf den Fernverkehr beschränken, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr miteinschließen – im konkreten Fall also das Tarifgebiet des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen (VBN). Dies wäre ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Ziel sollte es sein, dass unsere Soldatinnen und Soldaten – beispielsweise seien hier die Angehörigen der Marineoperationsschule in Bremerhaven genannt – mit öffentlichen Verkehrsmitteln kostenlos „von Tür zu Tür“ reisen können.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen in Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) einzutreten mit dem Ziel, dass uniformierte Angehörige der Bundeswehr im öffentlichen Personennahverkehr im Raum des VBN kostenlos mitreisen.

2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis Ende dieses Jahres über das Verhandlungsergebnis zu berichten und ihr eine Entscheidungsvorlage einschließlich eines Finanzierungsvorschlags zuzuleiten.



Heiko Strohmann, Thorsten Rascher, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU